

# Sparen? Wohl kaum.

Info-Pack Schuldenbremse und EP27  
2. Dezember 2025



# Wichtigste Erkenntnisse

## 1. Die Schuldenbremse ist wichtig und richtig

- a. Die Schuldenbremse ist eine Garantin für finanzielle Stabilität und Sicherheit.
- b. Ohne Schuldenbremse wäre die Schweiz dreimal mehr verschuldet und wir müssten über 4 Milliarden Franken mehr Zinsen pro Jahr zahlen. Das entspricht den Kosten für zwei Gotthard-Autobahntunnels oder 20 F-35-Jets – jedes Jahr.
- c. Weder Investitionen noch Mehrausgaben wurden verhindert: Pro Kopf sind die Bundesaussgaben nominal 2029 50-60% höher als bei der Einführung der Schuldenbremse. Grosse Investitionen wurden trotz Schuldenbremse getätigt (z.B. NEAT – 24 Mrd.).

**2. Trotzdem laufen die Ausgaben davon.** „Geld erarbeiten“ und „Geld ausgeben“ entkoppeln sich: Der Staat gibt künftig zwei- bis dreimal schneller Geld aus, als Bevölkerung und Unternehmen es erarbeiten können.

## 3. Das EP27 ist eine sanfte Korrektur, kein „Sparpaket“

- a. Es geht nur um eine sanfte Bremsung des Ausgabenwachstums – 14 statt 17 Milliarden Mehrausgaben. Von Sparen ist noch keine Rede.
- b. Das EP27 ist tragbar: Es geht oft um kleine Anteile der Ausgaben (bspw. 0.7% im Sozialbereich). Und oft geht es dort auch nur um eine Bremsung des Wachstums.
- c. Fast alle Bereiche tragen zur Entlastung bei.

## 4. Die Korrektur muss auf der Ausgabenseite vorgenommen werden

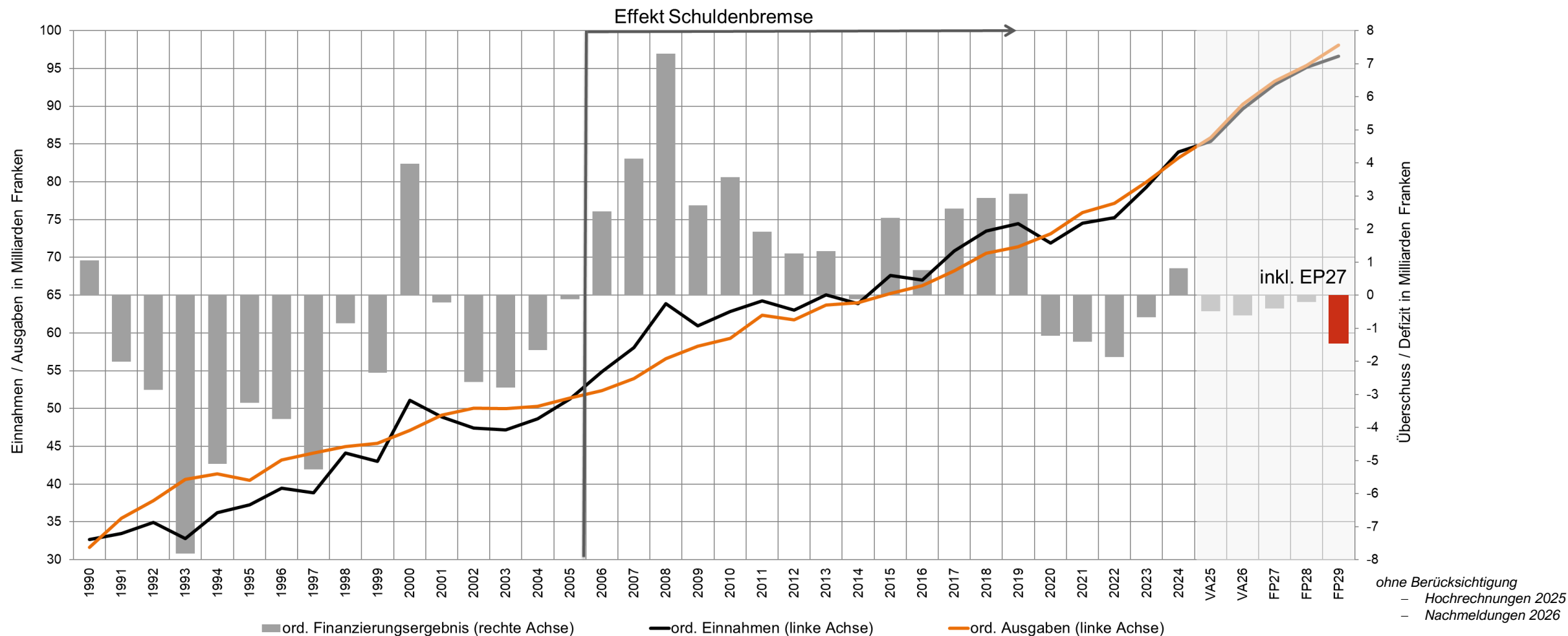
- a. Der Bund hat ein Ausgabenproblem, kein Einnahmenproblem. Die Ausgaben wachsen ohne EP27 40% schneller als die Einnahmen.
- b. Die Bevölkerung arbeitet bereits heute mehr als drei Monate für den Staat. Der Bund erhebt für jedes Prozent, das die Bevölkerung mehr verdient, zwei Prozent mehr Steuern.
- c. Staatswachstum verursacht Kosten und bindet Mittel über die direkten Kosten hinaus: Die Regulierungskosten liegen bei 80 Mrd. pro Jahr. Die vermeidbaren Bürokratiekosten (30 Mrd.) entsprechen in etwa den Ausgaben des Bundes für die soziale Wohlfahrt.
- d. Bereits heute arbeitet fast jeder vierte Arbeitnehmende im öffentlichen Sektor. Und das Stellenwachstum bei der Verwaltung ist 75% höher als in der Gesamtschweiz. Das bindet Fachkräfte („Squeeze out“) und treibt die Zuwanderung an. 56'000 Fachkräfte könnten alleine durch Entbürokratisierung freigemacht werden.
- e. Trotzdem sollte in Sicherheit investiert werden. Denn die soziale Sicherheit hat die militärische über die letzten Jahrzehnte verdrängt.

**5. Wenn wir jetzt nicht handeln, wird es gefährlich.** Wenn man versprochene, aber noch nicht finanzierte Leistungen anschaut, hat die Schweiz implizite Schulden in der Höhe von 177% des BIP – nur für die Altersvorsorge. Versprechen werden früher oder später zu Ausgaben.

1. Die Schuldenbremse ist wichtig  
und richtig

# 1a. Die Schuldenbremse ist eine Garantin für Stabilität und Sicherheit

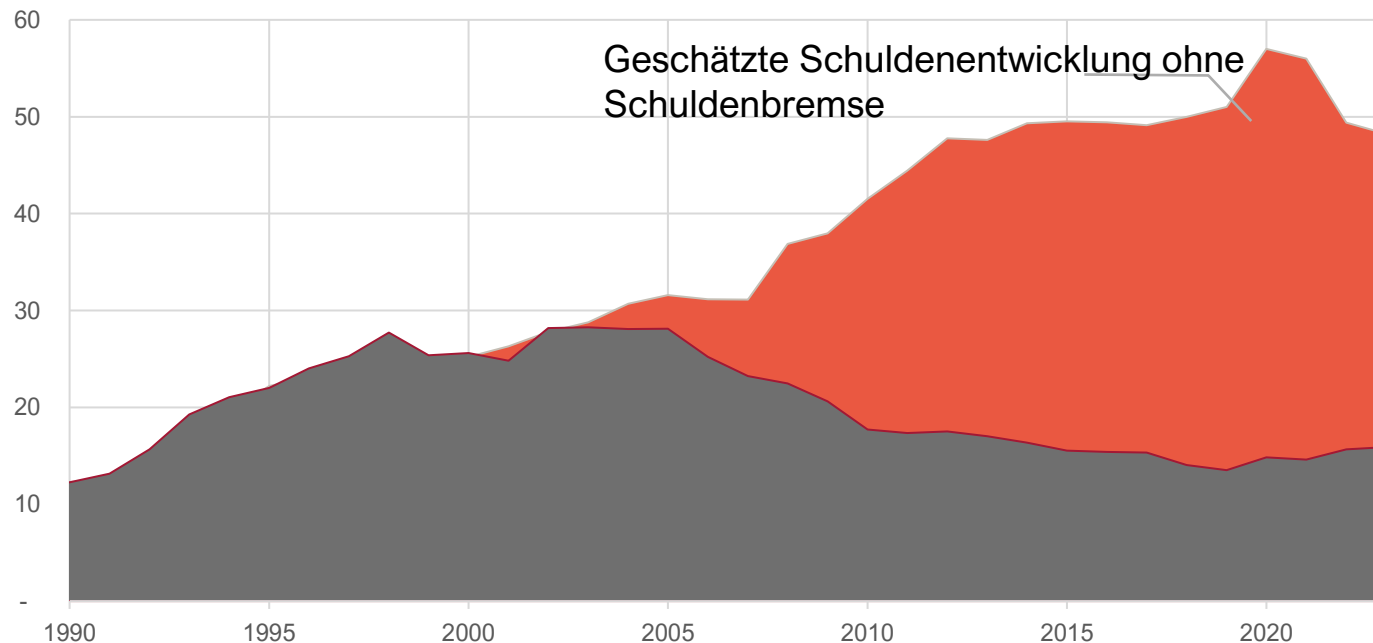
Entwicklung ordentlicher Bundeshaushalt in Mrd. CHF, 1990-2029



# 1b. Ohne Schuldenbremse müsste der Bund über 4 Milliarden Franken mehr Zinsen pro Jahr bezahlen

Das entspricht den Kosten für zwei Gotthard-Autobahntunnels oder 20 F-35-Jets – jedes Jahr.

*Schuldenquote des Bundes (in % BIP)*



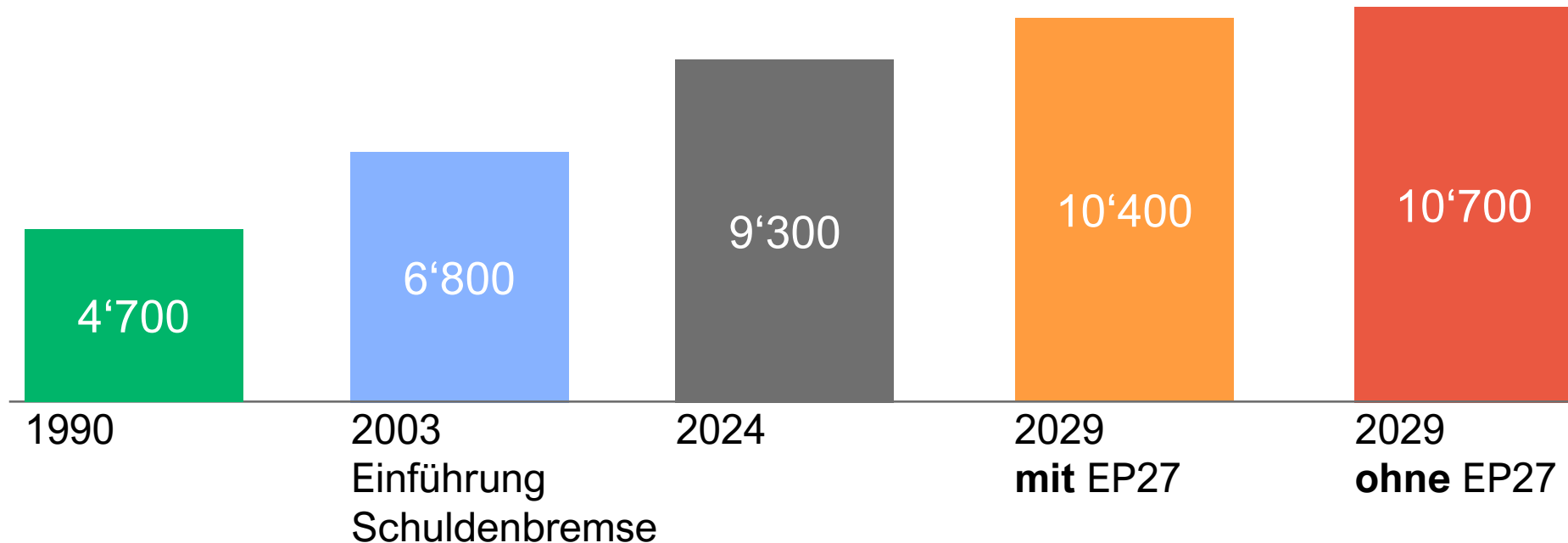
Quelle: Salvi et al. (2021); Salvi und Schaltegger (2023); Avenir Suisse (2025)

Ohne Schuldenbremse hätte die Schweiz kürzlich einen Schuldenbestand von über 400 Milliarden Franken gehabt. Und Schulden sind nicht gratis. Berechnungen zeigen, dass damit über 4 Milliarden an Zinskosten mehr für die Allgemeinheit angefallen wären – damit könnte man zwei Gotthard-Autobahntunnels oder 20 F-35 Jets finanzieren. Jedes Jahr. Schulden sind also kein «Free Lunch». Sie belasten uns mit Zinsen. Und sie müssen von späteren Generationen beglichen werden. Schulden sind unfair für künftige Generationen. Und nicht nachhaltig.

# 1c. Weder Mehrausgaben noch Investitionen wurden verhindert

Pro Kopf sind die Bundesaussgaben 2029 nominal 50-60% höher als bei der Einführung der Schuldenbremse. Und mehr als doppelt so hoch wie 1990.

**Bundesaussgaben pro Kopf**, gerundet auf CHF `00, nominal



Trotz Schuldenbremse haben die Bundesaussgaben pro Kopf stark zugenommen. Und grosse Investitionen (wie NEAT, 24 Mrd.) wurden getätigt. Das zeigt: Die Schuldenbremse ist keine (Staats-)Leistungsbremse. Sie stellt jedoch sicher, dass diese Ausgaben nachhaltig finanziert sind. Ob es sinnvoll ist, dass die Leistungen in diesem Umfang wachsen, steht auf einem anderen Blatt geschrieben.

*Inflationsbereinigt liegt das Wachstum bei 30-40% seit 2003 und 60% seit 1990, s. Anhang*

2. Trotzdem laufen die Ausgaben davon

## 2. „Geld erarbeiten“ und „Geld ausgeben“ entkoppeln sich

Der Staat gibt künftig zwei- bis dreimal schneller Geld aus, als Bevölkerung und Unternehmen es erarbeiten können.

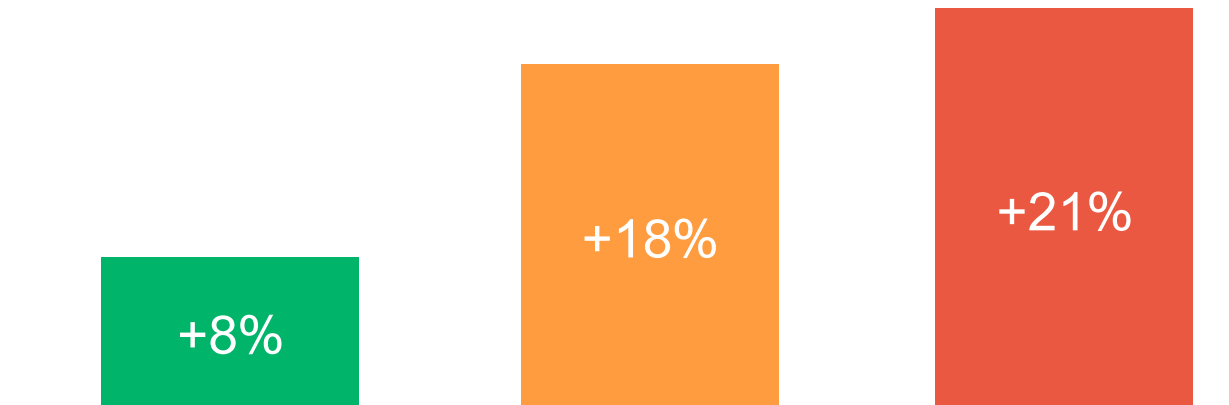
Mit oder ohne „EP27“: Die ordentlichen Bundesausgaben wachsen von 2024-2029 um 18% respektive 21%. In der gleichen Zeit ist mit einem Wirtschaftswachstum von nur rund 8% zu rechnen. Das heisst zum einen, dass sich Bundesausgaben und Wirtschaftsentwicklung entkoppeln. Der Bund zieht davon. Zum anderen ist es zynisch, von einem „sparen“ beim Bundeshaushalt zu sprechen, wenn dieser innert fünf Jahren um rund einen Fünftel wächst.

2029 vs. 2024

Zusätzliche  
Wirtschaftsleitung\*

Zusätzliche Bundesausgaben  
**Mit** „sparen“

**Ohne** „sparen“



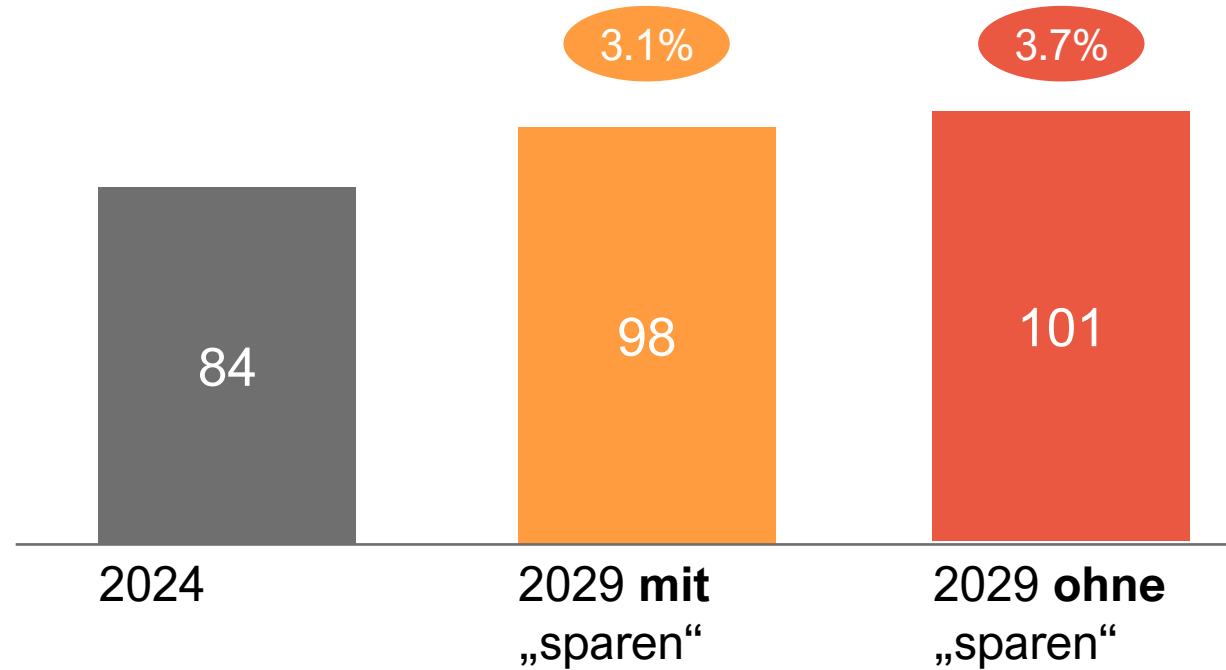
\* 2025-2027 KOF-Prognose real; 2028-2029: Mittelwert 2025-2027; ordentliche Ausgaben 2024 als Ausgangspunkt.

3. Das EP27 ist eine begrenzte Korrektur, kein „Sparpaket“

### 3a. Beim EP27 geht es um eine sanfte Bremsung des Ausgabenwachstums – von Sparen kann keine Rede sein

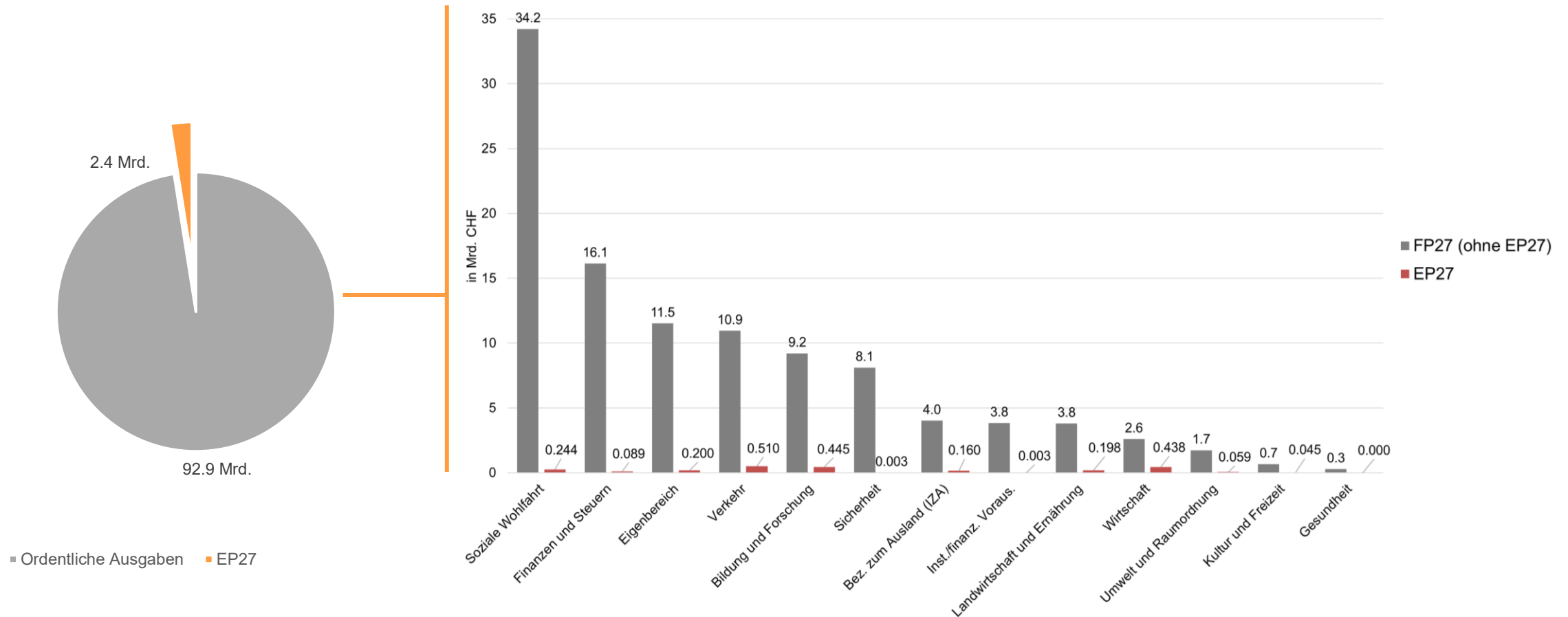
Die Bundesausgaben wachsen mit EP27 2024-2029 von 84 auf 98 Mrd. (+14 Mrd.) und ohne EP27 auf 101 Mrd. (+17 Mrd.). Das entspricht einem jährlichen Wachstum von 3.1% und 3.7% mit respektive ohne EP27. In anderen Worten: Das EP27 ist kein „Sparpaket“.

**Bundesausgaben, CHF Mrd., jährliches Wachstum**



# 3b. Das EP27 ist tragbar

Anteil Massnahmen EP27 an Ausgabenbereichen (2027, in Mrd. CHF)

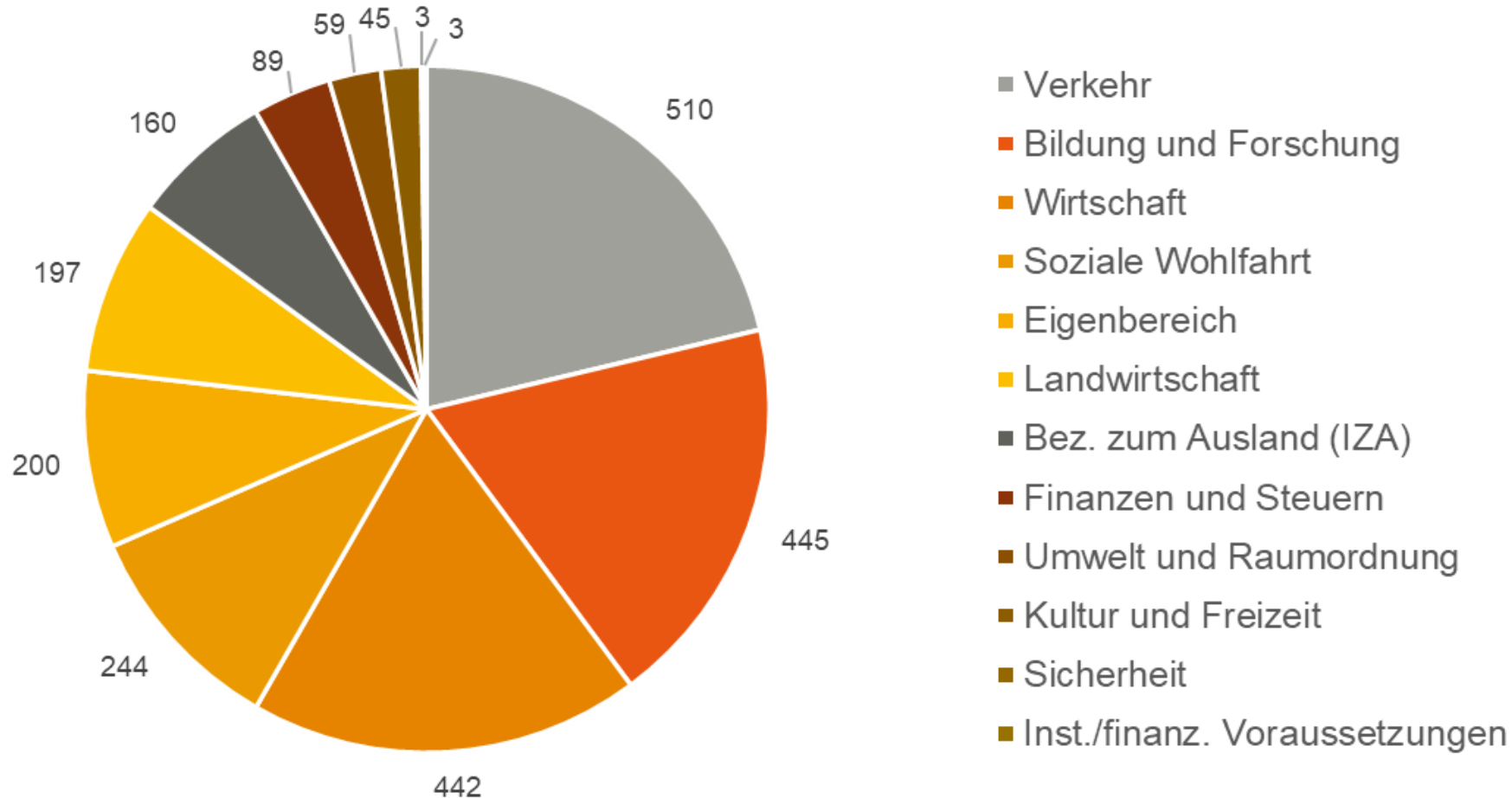


Quelle: Voranschlag 2026 mit Finanzplan 2027-2029 vom 20.8.25

Die „Einsparungen“ des EP27 verblassen im Vergleich zur absoluten Höhe der Ausgaben. Im Sozialbereich, dem grössten Ausgabeposten, reden wir bspw. von 0.7% (apropos Sozialabbau). Es handelt sich dabei oft nicht um eine eigentliche Einsparung, sondern eine Reduktion des Wachstums vs. die politische „Wunschliste“.

# 3c. Alle Bereiche leisten einen Beitrag ans EP27

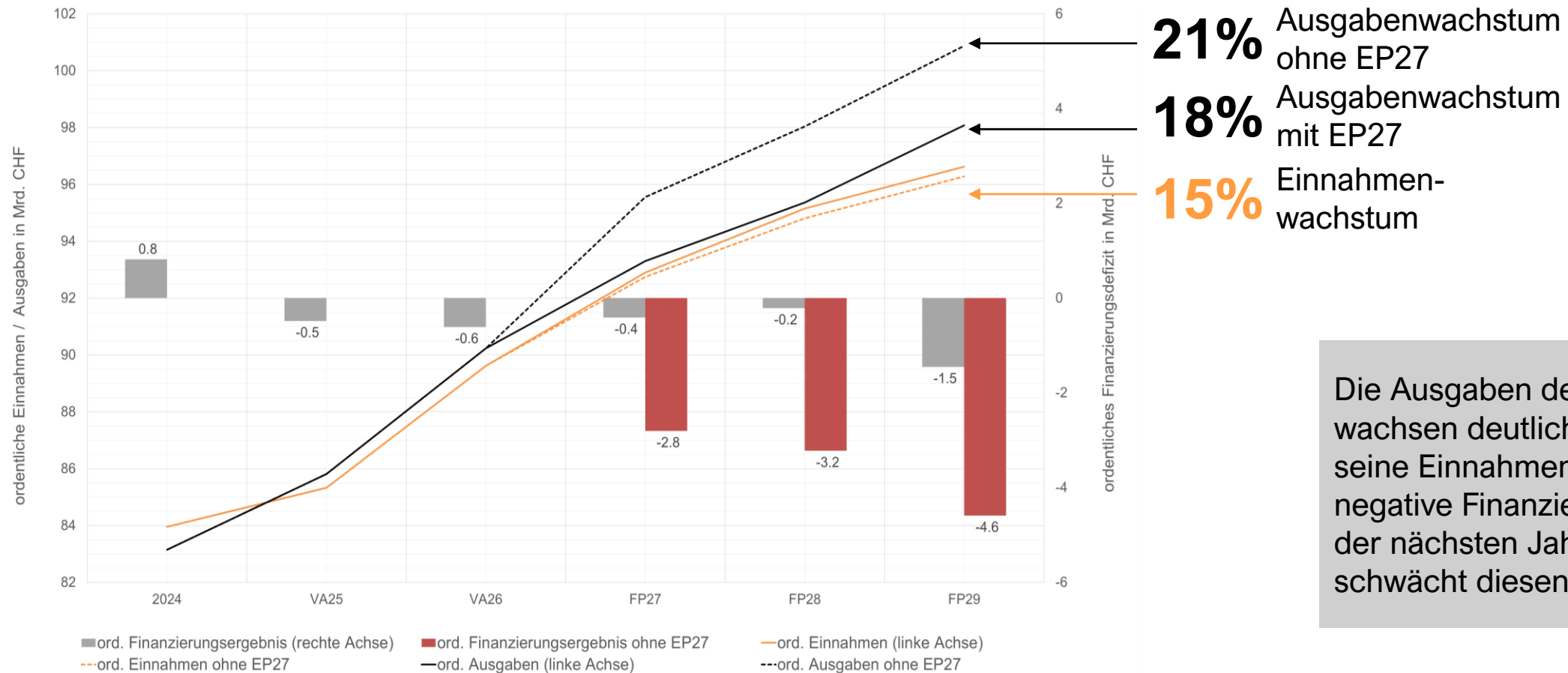
Massnahmen EP27 in Mio. CHF



Die Massnahmen sind breit auf die Aufgabengebiete verteilt. Auch die gebundenen Ausgaben (zwei Drittel des Bundeshaushalts) leisten erstmals einen wichtigen Beitrag an die Stabilisierung

4. Die Korrektur muss auf der  
Ausgabenseite vorgenommen  
werden

# 4a. Der Bund hat ein Ausgabenproblem, kein Einnahmenproblem

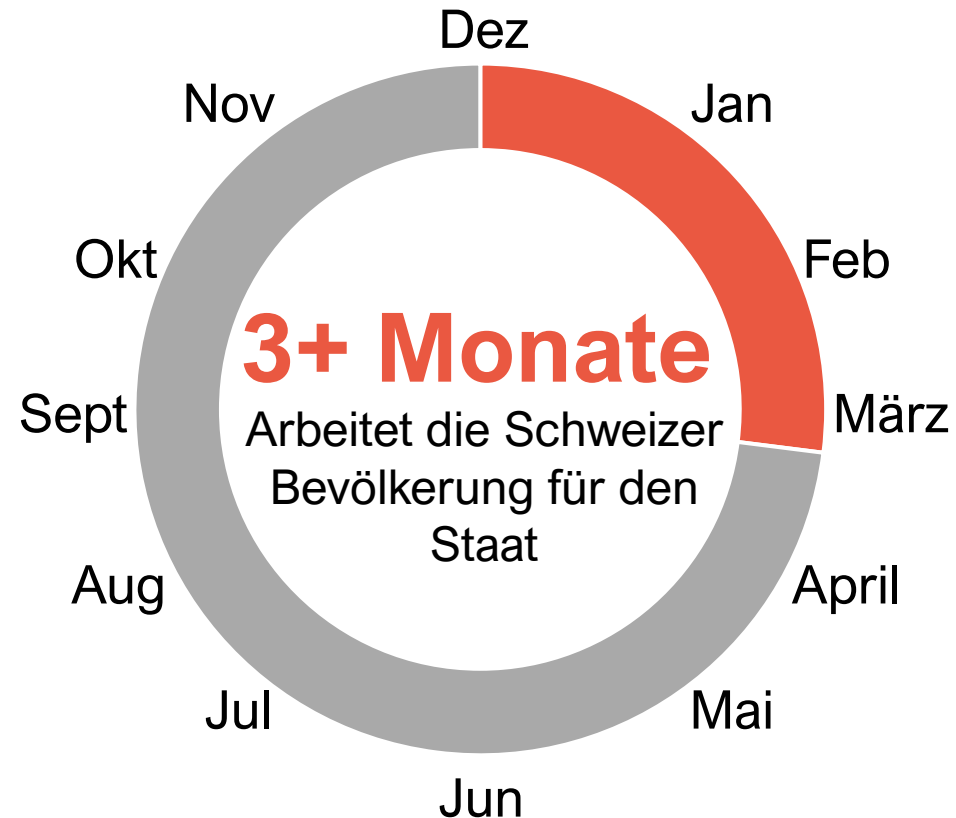


Die Ausgaben des Bundes wachsen deutlich schneller als seine Einnahmen. Dies treibt das negative Finanzierungsergebnis der nächsten Jahre. Das EP27 schwächt diesen Effekt etwas ab.

## 4b. Die Schweizer Bevölkerung arbeitet bereits heute fast jeden vierten Monat für den Staat

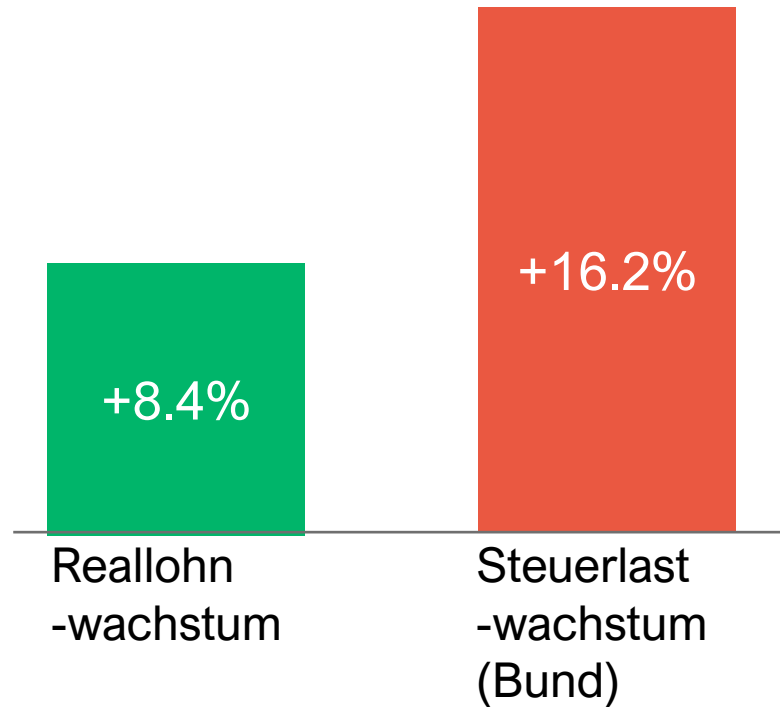
Der mittelalterliche „Zehnte“ wäre fast schon ein Wunschszenario

Die Fiskalquote – also der Anteil der Steuern aller föderaler Stufen am Brutto-Inlandprodukt BIP – liegt in der Schweiz bei über 27%. Die Staatsquote – also der Anteil der Staatsausgaben am BIP – liegt sogar über 30%. Damit arbeitet die Bevölkerung 3-4 Monate für den Staat. Nimmt man die erweiterte Fiskalquote (inkl. obligatorische Sozialversicherungsabgaben) sind es sogar 40% / 4-5 Monate. Ein weiterer Staatsausbau würde diese Quote erhöhen.



## 4b. Für jedes Prozent, das die Bevölkerung mehr verdient, erhebt der Bund zwei Prozent mehr Steuern

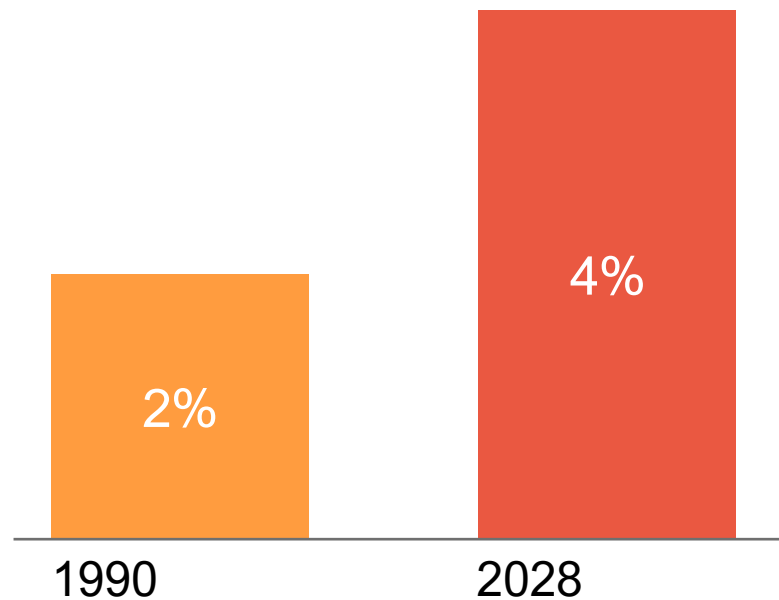
2010-2020



Wenn die Wirtschaftsleistung steigt, steigen meist die Löhne. Weil diese progressiv besteuert werden und sich das Gesamtlohnniveau hebt, rutschen immer mehr Menschen in höhere Progressionsklassen. Dadurch steigt die Steuerbelastung überproportional (sog. „warme Progression“). Der Effekt ist eindrücklich: während die Reallöhne im letzten Jahrzehnt um rund 8% stiegen, stieg die Steuerlast um rund 16% - also das Doppelte. Dies zeigt vor allem: Der Spielraum für weitere Steuererhöhungen ist nicht gegeben.

4b. Der Bund nimmt ein immer grösseres Stück des Kuchens:  
1990 machte die direkte Bundessteuer rund 2% der Wertschöpfung aus. 2028 wird ihr Anteil bei 4% liegen.

**Anteil direkte Bundessteuer an  
der Wertschöpfung**  
% des BIP



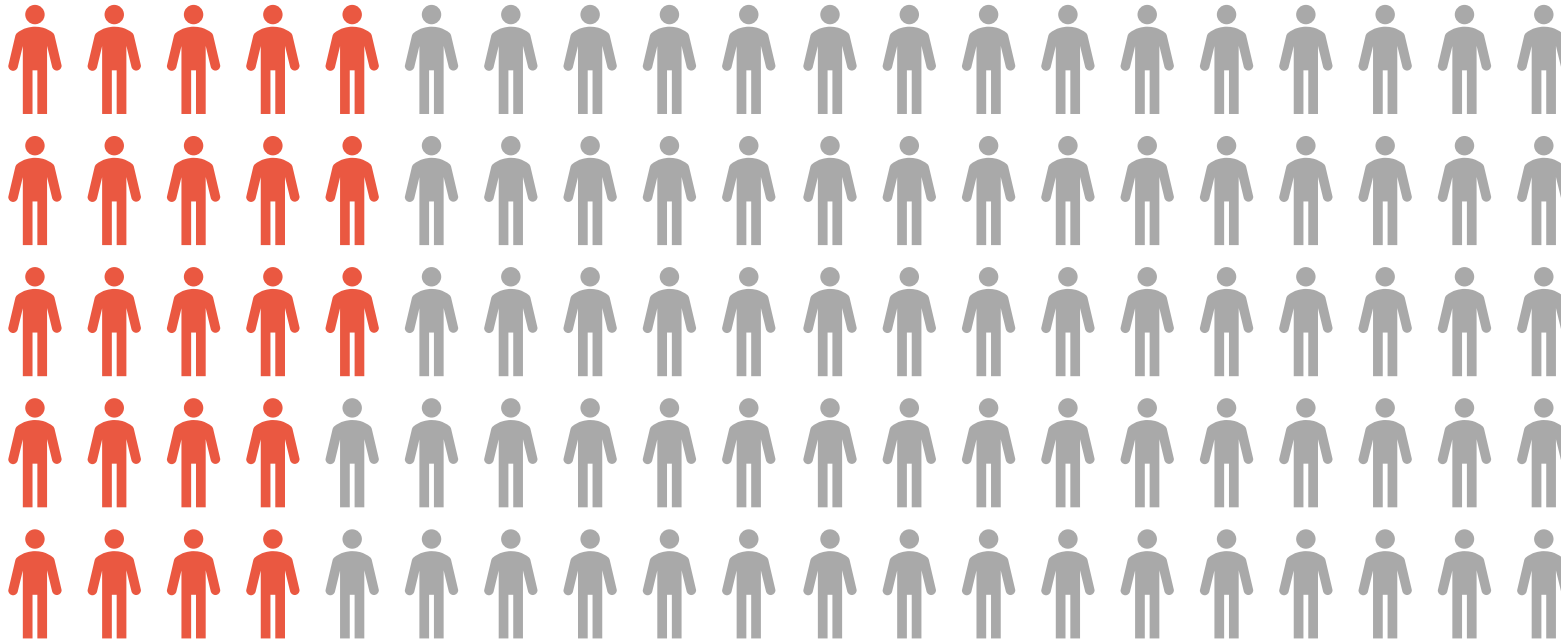
## 4c. Staatswachstum verursacht Kosten und bindet Fachkräfte über die direkte Finanzierung hinaus – z.B. in der Privatwirtschaft

**30 Milliarden vermeidbare Bürokratiekosten**  
... so viel gibt der Bund etwa für soziale Wohlfahrt aus

**80 Milliarden Regulierungskosten gesamt**  
... ein zweiter Bundeshaushalt an Kosten

Eine neue Studie zeigt: In der Schweiz könnten Bürokratiekosten von über 30 Milliarden Franken pro Jahr vermieden werden, wenn die Behörden ihre Prozesse effizienter und digitaler ausgestalten. Die Regulierungskosten insgesamt betragen rund 80 Milliarden Franken. Bevor Mehreinnahmen in Frage kommen, müssen diese Potenziale ausgeschöpft werden.

## 4d. Fast jeder vierte Arbeitnehmende in der Schweiz arbeitet bereits für den öffentlichen Sektor



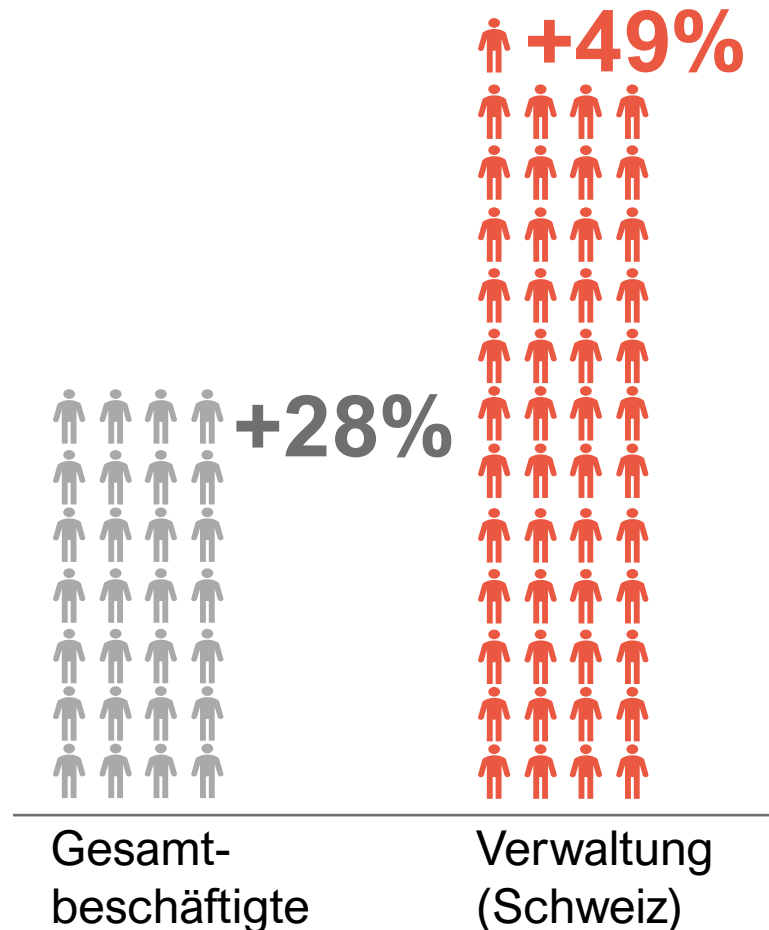
**23%, 950'000** Vollzeitäquivalente

In der Schweiz arbeitet rund jeder Vierte Arbeitnehmende direkt oder indirekt für den Staat. 395'000 Vollzeitäquivalente (VZA) arbeiten direkt für den Staat, 225'000 für Staatsunternehmen und 330'000 für private Unternehmen, die unter staatlicher (Teil-)Kontrolle stehen oder deren Erträge zu wesentlichen Teilen aus staatlichen Quellen stammen.

Hinweis: Das IWP kommt mit einer konservativen Schätzung auf 17.4% Beschäftigung im öffentlichen Sektor.

# 4d. Der Personalbestand in der Verwaltung wächst 75% schneller als die Gesamtbeschäftigung

## Personalwachstum, 1992-2024



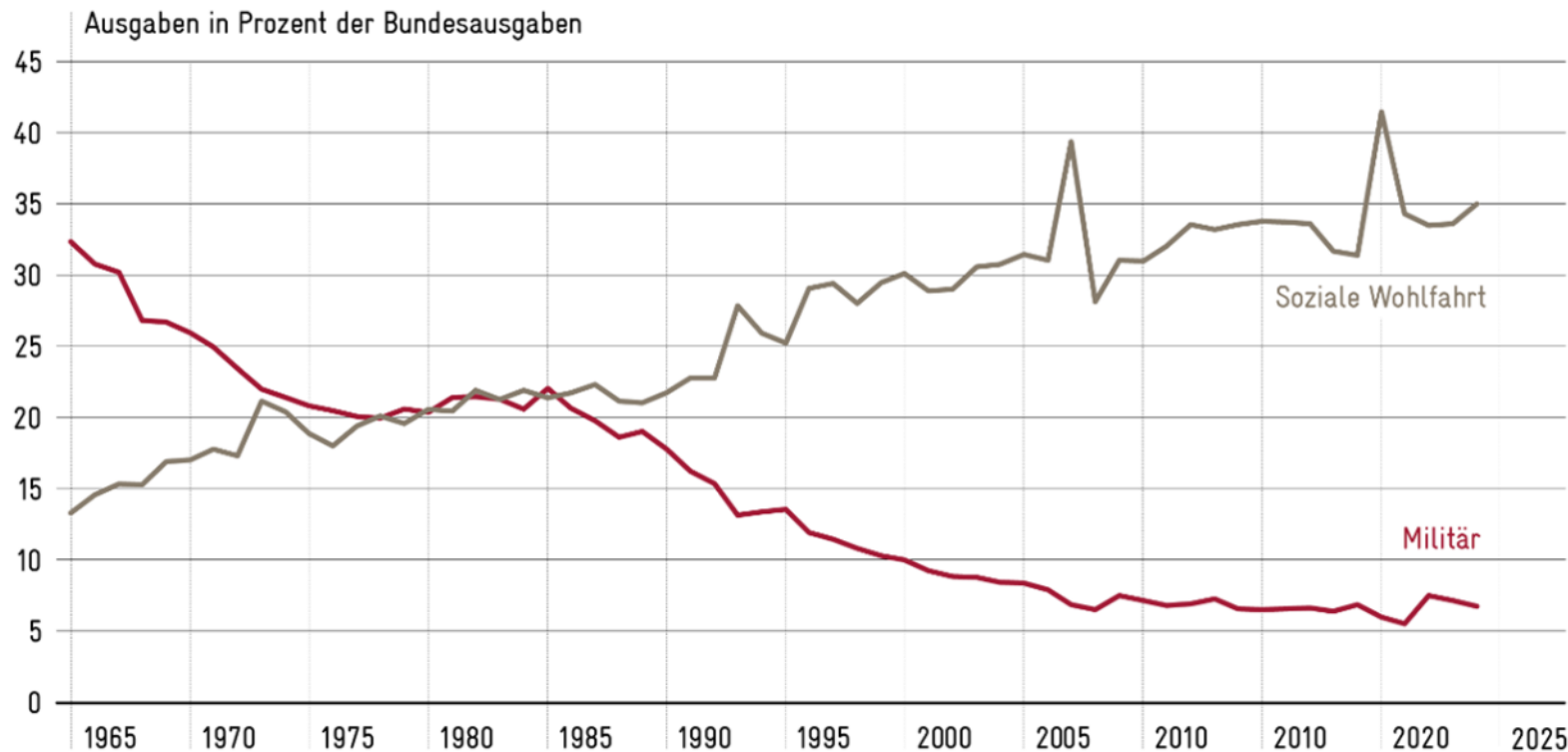
Das Personalwachstum in der Verwaltung ist rund 70% höher als das gesamtschweizerische. Das ist problematisch: Die Verwaltung bindet damit knappe Fachkräfte, verdrängt den privaten Sektor („Squeeze out“) und heizt somit auch die Zuwanderung an. Ein Staatsausbau, finanziert durch Mehreinnahmen, würde diese Entwicklung beschleunigen.

# 4e. Warum trotzdem in Sicherheit investiert werden sollte

Die Schere zwischen sozialer und militärischer Sicherheit geht auf. Zeit für eine Trendumkehr?

## Historische Schwerpunktverlagerung von militärischer zu sozialer Sicherheit

*Seit den 1980er Jahren erhöht sich der Anteil der Ausgaben für die soziale Wohlfahrt stetig, während der Anteil der Militärausgaben am Bundeshaushalt rückläufig ist.*



Quelle: HSSO (2012), EFV-Datenportal (2025), eigene Berechnungen

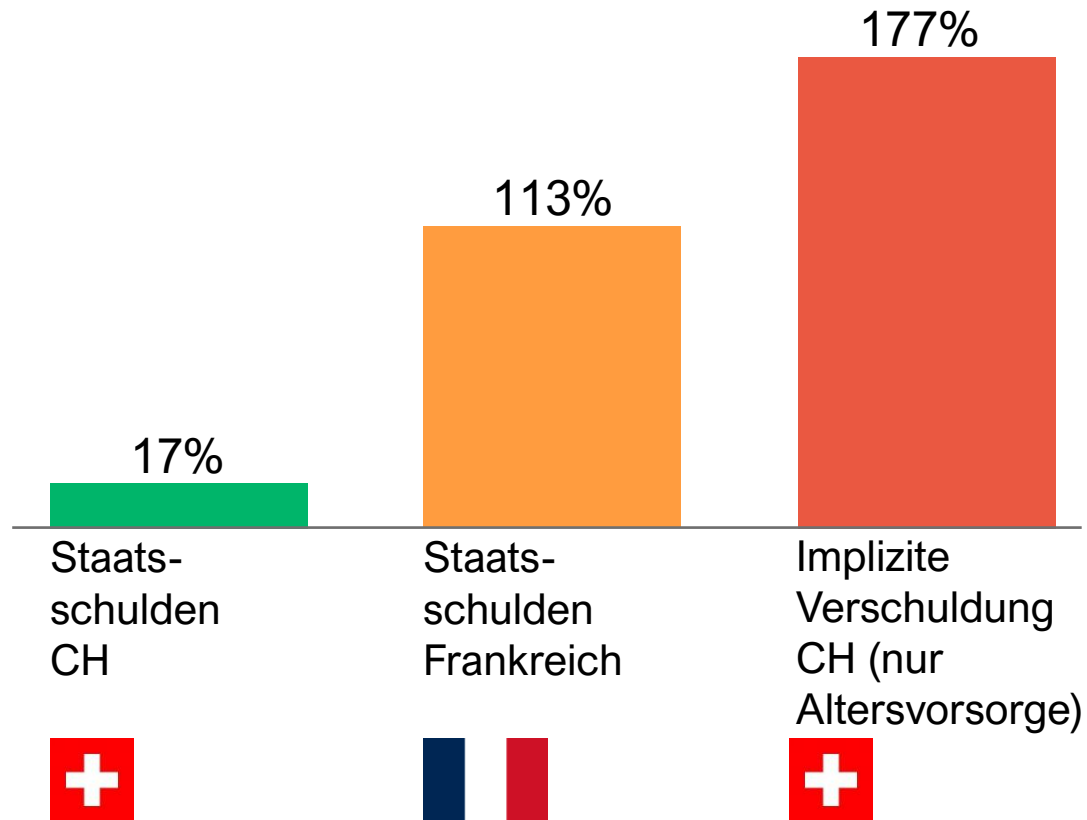
Grafik: Avenir Suisse

Die Schweiz hat ihre Friedensdividende vor allem in die soziale Sicherheit investiert. Während 1965 der Anteil der Bundesaussgaben für die militärische Sicherheit bei über 30% und für soziale Sicherheit etwas unter 15% lag, hat sich das Verhältnis mittlerweile mehr als umgekehrt (ca. 35% soziale Sicherheit und etwa 7% militärische Sicherheit). Angesichts der geopolitischen Spannungen scheint es angezeigt, dass diese Schere wieder kleiner wird.

5. Wir müssen jetzt handeln, sonst wird es gefährlich

# 5. Die Schweiz hat erhebliche versprochene, aber noch nicht finanzierte Leistungen. Irgendwann werden Versprechen zu Ausgaben.

Schulden als % des BIP



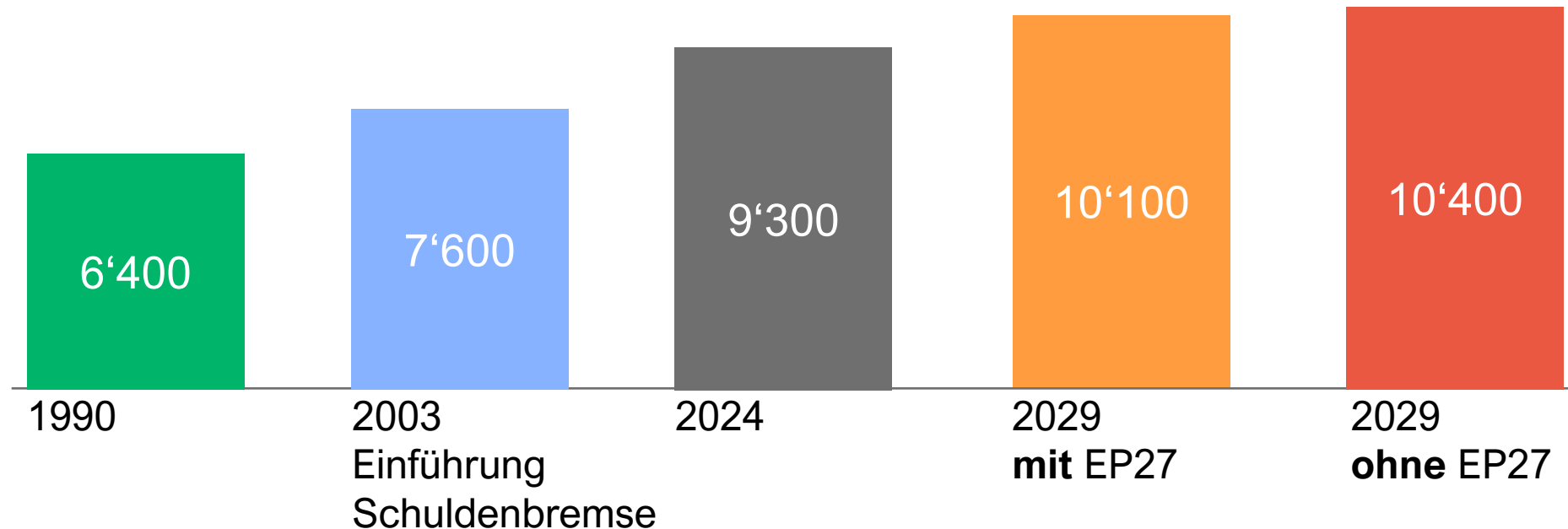
Die Schweizer Staatsschulden sind international auf einem tiefen Niveau. Das sind gute Neuigkeiten für künftige Generationen: Wir leben weniger auf ihre Kosten als andere Staaten. Gleichzeitig sind der Bevölkerung erhebliche Leistungen versprochen, die noch nicht finanziert sind. Allen voran in der Altersvorsorge, wo eine Finanzierungslücke von 80% / 177% des BIP klafft, nicht zuletzt als Folge der 13. AHV. Mit weiteren „Nachhaltigkeitslücken“, wie der obligatorischen Krankenversicherung, Ergänzungsleistungen etc., kommt sogar eine implizite Verschuldung von sage und schreibe 346% zusammen, wie die UBS errechnet. Diese versprochenen Leistungen werden irgendwann zu Ausgaben. Das geht jedoch über das EP27 hinaus.



# 1. Weder Mehrausgaben noch Investitionen wurden verhindert:

Pro Kopf sind die Bundesaussgaben real 2029 30-40% höher als bei der Einführung der Schuldenbremse. Und rund 60% höher als 1990

**Bundesaussgaben pro Kopf**, gerundet auf CHF `00, real



Auch das „reale“ (inflationsbereinigte) Wachstum der Bundesaussgaben ist eindrücklich. Für eine inflationsbereinigte Betrachtung spricht, dass 1'000 Franken 1990 nicht das gleiche sind, wie 1'000 Franken heute. Umgekehrt ist der Landesindex der Konsumentenpreise nicht 1:1 auf den Staat übertragbar. Zudem wird auch in der Privatwirtschaft Umsatz- und Kostenwachstum i.d.R. nominell ausgewiesen.